

VIII. Der historische Hintergrund und die Entstehung des *ambitus* – von den Anfängen bis zur späten Römischen Republik

1. Die Entwicklung von familiären Traditionen zum *ambitus*

In der ausgehenden Republik war es üblich, daß die Kandidaten für die Magistraturen¹ auf ihre Kosten Bankette und Gladiatorenspiele² für das Volk veranstalteten oder auch Geld spendeten. Derartige Bräuche, die von Veyne als Euergetismus³ bezeichnet werden, ebenso wie *ambitus* schienen typisch für das politische Leben insbesondere der römischen Republik zu sein⁴, denn im Kaiserreich behielt sich der Herrscher das Monopol über solche großzügigen Spenden vor. Das Ausrichten von Banketten und Gladiatorenspielen stammte ursprünglich aus dem Familienleben der römischen Oligarchie.⁵

Wie kam es dazu, daß diese traditionellen Bräuche aus dem Privatleben auch im öffentlichen Leben Einzug hielten und Teil des Wahlkampfes wurden? Wie entscheidend war der Einfluß, den ein Kandidat mit Hilfe derartiger Feierlichkeiten auf potentielle Wähler ausüben konnte?

In den gehobenen Schichten bestand der Brauch, große Teile der Bevölkerung zu Hochzeiten oder Beerdigungen sogar von nächsten Angehörigen einzuladen.⁶ Familienfeiern wurden also traditionell nicht ausschließlich im engsten Kreis der Familie begangen, sondern hatten öffentlichen Charakter.⁷ Seit dem dritten vorchristlichen Jahrhundert be

¹ Der Begriff *magistratus* bezeichnet das durch Volkswahl verliehene Ehrenamt (*honos*) und seinen Inhaber. Siehe hierzu VOLKMANN, H., Art. 'Magistrate in Rom', Lexikon der Alten Welt, 2, 1811. Zur Bewerbung um die Magistratur siehe eingehend KUNKEL, W.; WITTMANN, R., Staatsordnung und Staatspraxis der Römischen Republik, Zweiter Abschnitt, Die Magistratur, 65-85.

² Zu den verschiedenen Arten von Spielen, die zur Unterhaltung des Volkes, insbesondere im Rahmen des Wahlkampfes veranstaltet wurden, siehe KUNKEL, W.; WITTMANN, R., Staatsordnung, 504-507.

³ VEYNE, P., Brot und Spiele, 369; vgl. FINLEY, M. I., Das politische Leben in der antiken Welt, 51 und 55-56.

⁴ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 132, und ROBINSON, O. F., The criminal law of ancient Rome, 84.

⁵ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 357.

⁶ Zu den Regularien öffentlicher Begräbnisse bei Angehörigen der Magistratur siehe MOMMSEN, Th., Römisches Staatsrecht⁴, III/2, 1187-1188, zu Prohibitivgesetzen gegen Bestattungsluxus siehe den, Römisches Staatsrecht⁴, II/1, 510.

⁷ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 357/358.

standen die Leichenspiele, welche von oligarchischen Familien anlässlich des Todes ihrer Angehörigen ausgerichtet wurden, hauptsächlich aus Gladiatorenspielen.⁸

Der Mißbrauch derartiger Familienzeremonien, in deren Rahmen Bankette und Gladiatorenspiele stattfanden⁹, vollzog sich auf die Art und Weise, daß die Oligarchen die Feier eines Beerdigungsbanketts oder der Leichenspiele von Gladiatoren zu Ehren verstorbener Angehöriger auf dasjenige Jahr verschoben, in dem sie für ein politisches Amt kandidierten.¹⁰ Dies wurde den Kandidaten allerdings gesetzlich untersagt. Gemäß der *lex Tullia* war es verboten, innerhalb von zwei Jahren seiner Kandidatur Gladiatorenspiele für die Wähler auszurichten. Man konnte dieses Verbot jedoch umgehen, indem man Spiele in Erinnerung an einen Verstorbenen – *munera funebria ex testamento*¹¹ – veranstaltete.¹² Im ersten vorchristlichen Jahrhundert, also gegen Ende der römischen Republik, wurden besonders zahlreiche Gesetze gegen *ambitus* erlassen¹³, da die Wahlbestechung in den fünfziger Jahren bis dahin unerreichte Ausmaße annahm.¹⁴ Anders als bei Robinson ist bei Veyne lediglich die Rede davon, daß die Gesetze zur Bekämpfung des *ambitus* den Kandidaten zu verbieten versuchten, Festessen oder Spiele in dem Jahr – nicht

⁸ Vgl. LE BONNIEC, H., Art. 'Amphitheatralische Spiele', Lexikon der Alten Welt, 1, 143-144; ders., Art. 'Gladiatorenkämpfe', Lexikon der Alten Welt, 1, 1088: Hier werden die Gladiatorenkämpfe als *munera* (siehe hierzu im folgenden den philologischen Exkurs über die Bedeutung des Begriffes *munus*) bezeichnet, „die von den Circusspielen und den *Ludi Scaenici* zu unterscheiden sind“. KUNKEL, W.; WITTMANN, R., Staatsordnung, 122; MARQUARDT, J., Römische Staatsverwaltung², 3, 554; VEYNE, P., Brot und Spiele, 360.

⁹ MARQUARDT, J., Das Privatleben der Römer, I, 382-383; BRETONE, M., Geschichte des römischen Rechts, 60, zu frührepublikanischen Beschränkungen von Luxus bei Beerdigungszeremonien.

¹⁰ Vgl. HÖNLE, A., Art. 'Munus, Munera', DNP, 8, 489; VEYNE, P., Brot und Spiele, 358; FINLEY, M. I., Das politische, 51, weist darauf hin, für die Finanzierung öffentlicher Veranstaltungen durch reiche Mitglieder der politischen Führungsschicht sei ihnen als Gegenleistung seitens der Bevölkerung politische Anerkennung gewährt worden. Finley stellt damit für den Euergetismus eine Umwandlung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in politische Macht fest. Zu den bei der Bewerbung um die Magistratur üblichen Sitten siehe KUNKEL, W.; WITTMANN, R., Staatsordnung, 65-85.

¹¹ MARQUARDT, J., Römische Staatsverwaltung², 3, 554.

¹² Vgl. MARQUARDT, J., Römische Staatsverwaltung², 3, 554 mit Anm. 6; ROBINSON, O. F., The criminal law, 86; VEYNE, P., Brot und Spiele, 361.

¹³ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 61-62; HÖNLE, A., Art. 'Munus, Munera', DNP, 8, 489; NICOLET, C., Der Bürger und der Politiker, in: GIARDINA, Andrea, (Hrsg.), Römische Antike, 55; ROBINSON, O. F., The criminal law, 85; VEYNE, P., Brot und Spiele, 361, 369.

¹⁴ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 132; HARTMANN, Art. 'Ambitus', RE, 1, 1800; NICOLET, C., Der Bürger und der Politiker, in: GIARDINA, Andrea, (Hrsg.), Römische Antike, 55; VEYNE, P., Brot und Spiele, 367.

innerhalb von zwei Jahren - zu spenden, in welchem sie für ein Amt kandidierten.¹⁵ Insbesondere die Einführung bzw. die Verschärfung¹⁶ der Gesetze gegen *ambitus* gibt Grund zu der Annahme, daß Feste zu Ehren Angehöriger von zahllosen Kandidaten, die sich um öffentliche Ämter bewarben, lediglich als Vorwand genutzt wurden, dem Volk allzu großzügige Wahlgeschenke zu bereiten oder sich selbst in den Vordergrund der Feierlichkeiten zu stellen und weniger denjenigen Verwandten, zu dessen Ehren das Fest angeblich stattfinden sollte.¹⁷ So wurde manche Trauerfeier zu einer Selbstdarstellung des Kandidaten. Zum Zweck des Stimmenfanges im Wahlkampf wollten sich die Kandidaten beim Volk in positive Erinnerung bringen. Da dies möglichst kurz vor der Wahl geschehen mußte – denn das öffentliche Gedächtnis ist offenbar eher ein Kurz- als ein Langzeitgedächtnis – wurden Gedenkfeiern für verstorbene Angehörige – bis dies gesetzlich verboten wurde – kurzerhand „verlegt“.¹⁸ Dies ging beispielsweise sogar so weit, daß der Sohn des Sulla das Vermächtnis seines Vaters erst zwanzig Jahre nach dessen Tod verwirklichte. Sulla hatte seinen Erben beauftragt, ein Fest sowie Gladiatorenspiele zu veranstalten, kostenlosen Eintritt für die Bäder zu ermöglichen und das Öl für Waschungen zu bezahlen. Aufgrund der außerordentlich großen Zeitspanne, die zwischen den öffentlichen Feierlichkeiten und dem Tod des Sulla lag, ist nach dem Zusammenhang der beiden Ereignisse wie auch nach dem vordergründigen Zweck der Zeremonie zu fragen.¹⁹

¹⁵ Vgl. HARTMANN, Art. 'Ambitus', RE, 1, 1800; VEYNE, P., Brot und Spiele, 361.

¹⁶ Die häufige Verschärfung der *leges de ambitu* zeigt auch, daß diese nicht die gewünschte Wirkung hatten und daß man mit Hilfe von Rechtsnormen gesellschaftliche Wertvorstellungen und Verhaltensweisen nicht zu verändern vermochte, wie dies insbesondere die Nobilität versuchte. (Siehe hierzu eingehend unten, Kapitel VIII, Abschnitt 7. Die *leges de ambitu* erwiesen sich als vergleichsweise wesentlich weniger erfolgreich als die *leges annales*, die Altersvorschriften für die einzelnen Ämter der römischen Laufbahn enthielten, um so den (teilweise übersteigerten, von der Sucht nach Prestige verursachten) Ehrgeiz, eine Position zu bekleiden, zu mäßigen. Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 61-62. Zu den *leges de ambitu* siehe KUNKEL, W.; WITTMANN, R., Staatsordnung, 57, 81-82, zu den *leges annales* siehe ebd., 45; OLSHAUSEN, E., Das politische Denken der Römer zur Zeit der Republik, in: FETSCHER, I.; MÜNKLER, H., (Hrsg.), Pipers Handbuch der politischen Ideen, I, 488-490. Zu den vergeblichen Verabschiedungen der *ambitus*-Gesetze vgl. die einleitenden Bemerkungen von W. SCHULLER in: ders., (Hrsg.), Korruption im Altertum, 15, sowie ECK, W., Einfluß korrupter Praktiken auf das senatorisch-ritterliche Beförderungswesen in der Hohen Kaiserzeit?, in: SCHULLER, W., (Hrsg.), Korruption im Altertum, 136.

¹⁷ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 61-62; VEYNE, P., Brot und Spiele, 358 und 360.

¹⁸ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 132; VEYNE, P., Brot und Spiele, 358-361.

¹⁹ Siehe hierzu TER VRUGT, J., Art. 'Ahnenkult', Lexikon der Alten Welt, 1, 74, der die Meinung vertritt, es habe in Rom einen Ahnenkult im Sinne einer Verehrung

Hier sei noch kurz darauf hingewiesen, daß es trotz der Verschärfung der *ambitus*-Gesetze erlaubt war, seinem eigenen Wahlkreis, genannt *tribus*²⁰, Spenden zu bereiten. Dieser Regelung lag die Meinung zugrunde, eine Niederlage in der eigenen *tribus* wäre eine zu negative Vorentscheidung bzw. ein zu schlechtes Vorzeichen, das Auswirkungen auf die gesamte Wahl haben würde.²¹

Was die Art und Weise der Durchführung der öffentlichen Feierlichkeiten angeht, ist festzustellen, daß man zwar auf traditionelle Rituale von Familienfeiern zurückgriff, diese aber in kleinerem oder größerem Maße verfälscht, d. h. in Richtung auf eine Selbstdarstellung und Volksbelustigung verformt wurden und ihre Ausgestaltung letztendlich völlig andersartige Formen annehmen konnte als die ursprünglichen Bräuche.²² Dies bestätigt Veyne: „Bald wurden der Plebs auch andere Vergnügungen geboten als die, welche traditionell zugelassen waren.“²³ Beispielsweise gehörte es sich auch nicht (mehr), zu den Banketten, die offiziell als Leichenbegängnisse galten, in Trauerkleidung zu erscheinen.²⁴

Die Tatsache, daß sogar ein eigenes Vokabular für derartige öffentliche Feierlichkeiten und sämtliches damit in Verbindung Stehende gebraucht wurde und einige zuvor bereits existierende Begriffe einen Bedeutungswandel durchliefen, deutet darauf hin, welches Ausmaß die

längst Hingeschiedener nicht gegeben. Hingegen sei es üblich gewesen, Geburts- und Todestage vor kurzem verstorbener Angehöriger mit Mahlzeiten an ihren Gräbern zu begehen. Siehe auch N. D. FUSTEL DE COULANGES, der in seinem Werk *Der antike Staat*, insbesondere 36-41 und 81-85, auf dem Toten- und Ahnenkult der Familie die gesamte private und öffentlich-rechtliche Struktur der Frühzeit aufbaut.

²⁰ Die Abteilungen der römischen Bürgerschaft werden als *tribus* bezeichnet. Sie dienten zur Verwaltung, Besteuerung, zur Aushebung und Führung des Personenregisters, insbesondere als Wahlbezirke, zunächst für die Sonderversammlung der Plebs, dann für die Versammlungen der Gesamtgemeinde. Siehe hierzu MOMMSEN, Th., *Römisches Staatsrecht*⁴, III/1, 95-112 und 161-198.

²¹ Vgl. Schullers Diskussionsbeitrag in: SCHULLER, W., (Hrsg.), *Korruption*, 85-89, und VEYNE, P., *Brot und Spiele*, 361 und 367.

²² GIGON, O., Art. 'Leichenspiele', *Lexikon der Alten Welt*, 2, 1703-1704.

²³ CIC., *De off.*, III, 16, 60, führt zu euergetisch veranlassten Leistungen aus: „Atque etiam illae impensae meliores, muri, navalia, portus, aquarum ductus omniaque, quae ad usum rei publicae pertinent, quamquam, quod praesens tamquam in manum datur, iucundius est, tamen haec in posterum gratiora.“ Zu Schenkungen im Bereich des Wahlkampfes siehe VEYNE, P., *Brot und Spiele*, 359. Zu besonders außergewöhnlichen, ausgeprägten Mitteln der Wählerbeeinflussung durch Euergetismus siehe weiterhin KOLB, F., *Rom. Die Geschichte der Stadt in der Antike*, 268-269, zu Stiftungen öffentlicher Bauten durch Wahlanwärter. Siehe hierzu ebenso URBAN, R., *Wahlkampf im spätrepublikanischen Rom. Der Kampf um das Konsulat*, GWU, 34, (1983), 607, 611.; zum Euergetismus der Inhaber von Verwaltungsämtern in den Städten des Römischen Reiches siehe SEECK, O., *Geschichte des Untergangs der antiken Welt*, II, 157-160.

²⁴ Vgl. VEYNE, P., *Brot und Spiele*, 359.

Zeremonien annahmen.²⁵ „Die übermäßigen Gelage zur Erinnerung an einen berühmten Toten gaben dem Leben der Plebs von Rom über die Jahre hinweg einen eigenen Rhythmus.“²⁶ Finanziell nahmen derartige Zeremonien ein Ausmaß an, das es ausschließlich sehr vermögenden Kandidaten erlaubte, auf diese Weise Wahlkampf zu betreiben²⁷, wobei die Herkunft der Gelder oftmals ebenso unrechtmäßig war wie deren Verwendung.²⁸

²⁵ Hier seien einige Beispiele genannt: *Epulum* war ein Bankett, *visceratio* eine Verteilung von Fleisch, *crustum* und *mulsum* waren Süßigkeiten, *munus* nahm die Bedeutung von ‘Gladiatorenkämpfe’ an. Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 359. Bei der Fleischverteilung mögen älteste Bräuche der Stiftung von Zusammengehörigkeit einer Gruppe, wie bereits in der Odyssee, zugrunde liegen. Vgl. BURKERT, W., Homo Necans, 60-69, insbesondere 62, wo Burkert das Eßritual am Grab eines Toten als das „Band der Gemeinschaft“ bezeichnet. Zu den Ritualen und religiösen Kulte bei Beerdigungen siehe WISSOWA, G., Religion und Kultus der Römer², 232-240, insbesondere 233, mit dem Hinweis, es sei üblich gewesen, daß bei Totenfesten „die Angehörigen der Verwandtschaft sich zu einem Festschmause vereinigen.“ Siehe weiterhin LATTE, K., Römische Religionsgeschichte, 98-103.

Divisores: In Rom existierten besondere Beamte, deren Aufgabe es war, Geld- und Getreidespenden an das Volk zu verteilen. Als Hilfspersonen zog man dazu die sogenannten *divisores* heran. Sie übten ihre Tätigkeit unregelmäßig aus und waren daher vermutlich nichtamtlich tätig. In der ausgehenden Republik mißbrauchten sie ihre Position allerdings zu politischen Zielen, weshalb ihr Berufsstand in Verruf geriet. Sie versuchten, die Stimmen entscheidender Wähler mit Hilfe von Spenden unterschiedlicher Art, die teilweise außerordentlich überhöht waren, für bestimmte Kandidaten zu gewinnen. Bei Erfolg wurden die *divisores* von den Kandidaten, in deren Auftrag sie die Bestechungsgelder austeilten, bezahlt. Vgl. KUNKEL, W.; WITTMANN, R., Staatsordnung und Staatspraxis der Römischen Republik, 83 mit Anm. 102 und 103; LIEBENAM, W., Art. ‘Divisor’, RE, V, 1237. Zu der Frage, ob das Gewerbe eines *divisor* legitim war vgl. MOMMSEN, Th., Römisches Staatsrecht⁴, III/1, 196 sowie CIC., Att. 1, 18, 4: „Est autem C. Herennius quidam tribunus plebis, quem tu fortasse ne nosti quidem; tametsi potes nosse, tribulis enim tuus est et Sex. Pater eius nummos vobis dividere solebat.“ Zum *tribunus plebis* siehe BLEICKEN, J., Die Verfassung. Siehe auch CIC., Verr. act. 1, 8, 22; ders., De orat. 2, 63, 257.

²⁶ VEYNE, P., Brot und Spiele, 358.

²⁷ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 132; MARQUARDT, J., Römische Staatsverwaltung², 3, 487-489; VEYNE, P., Brot und Spiele, 361.

²⁸ LINDERSKI, J., Buying the Vote, Ancient World, 11, 1985, 87, 90, führt aus, daß hohe Summen an Bargeld sowohl für die direkte Bestechung der Wähler als auch für das Ausrichten von Gladiatorenspielen notwendig waren. Sallust und Polybios betonen insbesondere, daß Reichtum - *divitiae* - Voraussetzung für Wählerbestechung - *largitio* - gewesen sei. Eine bekannte und von zahlreichen Kandidaten genutzte Finanzquelle für die kostspielige Wahlbestechung war das Plündern der Provinzen. Hier besteht also eine Verbindung zwischen der Wahlbestechung, dem *ambitus* und den gerichtlichen Bestrebungen, die Gelder, welche sich die Statthalter in ihren Provinzen unrechtmäßig angeeignet hatten, im Wege der Anklage wegen *crimen pecuniarum repetundarum* zurückzuerlangen. Aemilius Scaurus beispielsweise, dessen Vater um die Jahrhundertwende der bekannte *princeps senatus* gewesen war, wurde im Jahr 54 v. Chr. vor dem Repetundenge-

2. Wahlen zwischen Wirklichkeit und Schein

Wie entscheidend war der Einfluß, den die Kandidaten mit Hilfe von Banketten, Gladiatorenspielen und Geldspenden, also Wahlbestechung auf die Wähler ausüben konnten? Welche anderen Faktoren waren für das Ergebnis einer Wahl ausschlaggebend?

Wie Veyne nicht unumstritten²⁹ darlegt, spielten Spenden jeglicher Art zwar eine Rolle bei der Entscheidung der Wähler, waren aber nicht von entscheidender Bedeutung.³⁰ Das hatte verschiedene, in den nachfolgenden Abschnitten darzustellende Gründe:

Das Volk war sich der Tatsache bewußt, daß es durch die Wahlen keine politisch erheblichen Veränderungen herbeizuführen vermochte. Die Kandidaten waren insofern politisch austauschbar, als sie sämtlich derselben herrschenden Klasse angehörten, und zwar der Oligarchie, deren Herrschaft durch die Wahlen jährlich erneuert wurde. Die Zusammensetzung des Senats änderte sich dabei lediglich um etwa drei Prozent. War man einmal zum Magistraten gewählt worden, blieb man Senator auf Lebenszeit.³¹ Da also keiner der Kandidaten ein besonders ausgeprägtes oder individuelles politisches Profil besaß, lieferten sie sich gegenseitig nicht mehr als Scheinkämpfe um die Ämter, die sie zu bekleiden erstrebten.³² Da politisch fundierte Diskussionen zwischen den Kandidaten als Teil des Wahlkampfes aus den genannten Gründen vermutlich überflüssig waren, erscheint es verständlich, daß man sich zahlreicher anderer Mittel bediente, um sich in einem möglichst positiven Licht erscheinen zu lassen und Wähler für sich zu gewinnen. Spenden waren nur eine von vielen Methoden des Wahlkampfes. Der Prunk wie auch die Anzahl der Anhänger, mit denen sich ein Kandidat umgab, seine familiäre Herkunft, eigene Erfolge und diejenigen seiner Vorfahren, das eigene Auftreten

richtshof angeklagt, da er die Provinzen Sardinien und Korsika als deren Statthalter finanziell ausgenommen hatte. Die Ankläger des Scaurus bestanden auf sofortige Verurteilung, da sie fürchteten, dieser würde sonst das Amt des Konsuls durch Wahlbestechung mit Hilfe der Gelder aus den Provinzen erkaufen und so seine Immunität gegen eine weitere strafrechtliche Verfolgung sichern. MOMMSEN, Th., Römisches Strafrecht, 716-732; ROBINSON, O. F., The criminal, 81-82.

²⁹ Vgl. den Diskussionsbeitrag von Schuller in: SCHULLER, W., (Hrsg.), Korruption, 78-91; ECK, W., Einfluß korrupter Praktiken auf das senatorisch-ritterliche Beförderungswesen in der Hohen Kaiserzeit?, in: SCHULLER, W., (Hrsg.), Korruption, 143.

³⁰ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 362.

³¹ Vgl. GELZER, M., Die Nobilität, 116; VEYNE, P., Brot und Spiele, 364.

³² Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 184-185.

sowie insbesondere die Unterstützung aus Reihen der Nobilität³³, die *suffragatio*³⁴, waren für das Stimmverhalten der Wähler bedeutsam.³⁵

Bei Wolfgang Schuller wird in dessen Sammelwerk *Korruption im Altertum* von Martin im Gegensatz zu Veyne sogar diskutiert, ob *ambitus* ein die ausgehende Republik stützendes oder sie destabilisierendes Verhalten darstellte.³⁶ Im Zusammenhang hiermit wird die Frage gestellt, ob überhaupt von Korruption zu sprechen ist. Zur Verdeutlichung der Diskussion um den Charakter von Wahlgeschenken mag folgende Begriffsbestimmung von Korruption dienlich sein:

„Korruption: (lat. corrumpere = verderben, bestechen, vernichten). Als Korruption werden Handlungsweisen bezeichnet, die unter Verletzung von allgemein anerkannten Wertvorstellungen, moralischen Grundsätzen und Amtspflichten auf die Erlangung persönlicher Vorteile zu Lasten des Gemeinwohls ausgerichtet sind. Demnach besteht bei der Korruption eine Kluft zwischen einer persönlich-privaten Gewinnorientierung und öffentlicher Gemeinwohlorientierung. Korruption ist ein für die Beteiligten vorteilhafter Austausch von Leistungen, der unter Abweichung von offiziellen Normen freiwillig und heimlich vollzogen wird, wobei mindestens einer der Tauschpartner eine Macht- oder Vertrauensposition mißbraucht. (...) Korruption gefährdet den durch Gerechtigkeit und Chancengleichheit fundierten sowie durch gesetzlich-normative Ordnung regulierten Leistungszusammenhang der Gesellschaft.“³⁷

Unter Zugrundelegung dieser Begriffsbestimmung soll in den folgenden Abschnitten diskutiert werden, ob eine Betrachtung des *ambitus* unter dem Gesichtspunkt korrumpierenden Verhaltens angemessen ist oder nicht sogar von einer sozialen Obliegenheit der wirtschaftlich, politisch

³³ Der Begriff *nobilitas* bezeichnet in Rom allgemein den Adel, spätestens seit Anfang des zweiten Jahrhunderts insbesondere die oberste Stufe des Senatsadel. In ihm bildeten diejenigen Männer, welche einen kurulischen Magistrat bekleidet hatten, samt ihren Nachkommen eine führende Schicht mit besonderen Rechten. Siehe hierzu MEIER, C., Art. 'Nobilität', Lexikon der Alten Welt, 2, 2096.

³⁴ *Suffragatio* allgemein bedeutet *Empfehlung*. Als *suffragator* wurde jemand bezeichnet, der in der Römischen Republik einen Kandidaten beim Volk zur Beamtenwahl, später beim Kaiser oder einem hohen Beamten oder bei der Wahl im Senat für ein Amt oder sonstwie empfahl. Vgl. CIC., Mur., 16, 44.

³⁵ Vgl. den Diskussionsbeitrag von J. MARTIN bei SCHULLER, W., (Hrsg.), *Korruption*, 85.

³⁶ Vgl. den Diskussionsbeitrag von J. MARTIN bei SCHULLER, W., (Hrsg.), *Korruption*, 85.

³⁷ HILLMANN, K., Wörterbuch der Soziologie⁴, s.v. 'Korruption', 449-450.

und gesellschaftlich die *res publica* führenden Schicht gesprochen werden müßte, die sich auch in Zeiten der Wahlkämpfe zum Ausdruck bringt. In diesem Sinne vertritt der Rechtshistoriker Rudolf von Jhering die Auffassung, der Grund für die Freigebigkeit der Oberschicht könne „nicht in dem bloßen Streben nach Volksgunst und in der Bestechung des Volkes zum Zweck der Wahlen“ gesehen werden.³⁸ Auch sei die Freigebigkeit nicht „aus dem Motiv der Wohlthätigkeit“ abzuleiten, denn diese Eigenschaft habe „nicht im Charakter der Römer“ gelegen. „Es galt“, so Jhering weiter, vielmehr „als sociale Pflicht der vermögenden Klasse“, ihr „Uebergewicht (...) durch Freigebigkeit gegen die Klasse, welche darunter zu leiden hatte, wieder auszugleichen, das Unrecht, das darin enthalten war, einigermaßen aufzuheben und erträglich zu machen.“³⁹ Der Beweggrund für die Freigebigkeit der höheren Stände sei der Versuch gewesen, „die Versöhnung des verletzten Gefühls der untern Stände mit einem socialen Unrecht“ herbeizuführen.⁴⁰ Damit nimmt Rudolf von Jhering den Schenkungen ihren rein moralisch zu beurteilenden Charakter und ordnet sie dem Bereich des Sozialen zu. Folge dieser Auffassung ist auch, daß Schenkungen in der Zeit von Wahlkämpfen nicht als illegal oder illegitim erscheinen, sondern als Fortsetzung derjenigen Verhaltensweisen, die von der Oberschicht *jederzeit* zu erwarten waren. Gesichtspunkte der Gerechtigkeit werden nicht verletzt, sondern ganz im Gegenteil dient die Verteilung von Geschenken der Herstellung von Gerechtigkeit und Verbundenheit von Wählern und Gewählten. Korruption durch die Hergabe von Wahlgeschenken liegt nach dieser Ansicht Jherings mithin nicht vor.

³⁸ JHERING, R. von, Geist des römischen Rechts⁵, II/1, 250.

³⁹ JHERING, R. von, Geist des römischen Rechts⁵, II/1, 250. Kritisch setzt sich Robert von Pöhlmann mit dieser These Jherings auseinander, wenn er bemerkt, das Largitionensystem habe im Ergebnis der römischen *plebs* mehr geschadet als ihr genützt. „Die Erfahrungen der öffentlichen und privaten Wohlthätigkeit in den neueren Zeiten haben immer wieder von Neuem gelehrt, daß das Streben, vermehrte Armuth mit vermehrtem Wohlthun zu heilen, gerade zum entgegengesetzten Ziele führt, weshalb die Armuth gerade da, wo am meisten für sie gethan wird, sich am rapidesten vermehrt.“ PÖHLMANN, R.v., Die Übervölkerung der antiken Großstädte, S. 50.

⁴⁰ JHERING, R. von, Geist des römischen Rechts⁵, II/1, 250. CICERO führt bereits in seinem Werk *De off.*, II, 70-71, überzeugend aus, es seien insbesondere die unbemittelten, dafür aber anständigen und bescheidenen kleinen Leute, von denen es im Volk eine große Menge gibt, die sich in ihrer Gesamtheit auf unabsehbar lange Zeit dankbar zeigten, wenn man sich auch nur gegenüber einem Bürger aus ihrer gesellschaftlichen Schicht als wohlthätig erweise. An diesen Betrachtungen Ciceros wird bereits deutlich, in wie hohem Maße die Politiker der römischen Republik das sozialpsychologische Moment der Breitenwirkung von Schenkungen an die Armen in ihre politische Strategie mit einbezogen haben.

Im gleichen Sinne äußert sich auch die Strafrechtshistorikerin Olivia F. Robinson, die erklärt, daß jemand, der 'korrupt' war, zu Zeiten der Römischen Republik nicht notwendigerweise zugleich als kriminell betrachtet wurde.⁴¹ In der Diskussion bei Wolfgang Schuller wird *ambitus* allerdings lediglich insofern als notwendig beschrieben, als die Möglichkeit zu einem sachlichen politischen Wahlkampf nicht gegeben war.⁴² Hiermit stimmt, wie oben dargelegt, auch Veyne überein.⁴³ Mommsen hingegen führt aus, daß das Verhalten der Kandidaten in Wahlkämpfen um die Erlangung politischer Ämter nicht im Rahmen einer Darstellung des römischen Staatsrechts Berücksichtigung finden könne, sondern aufgrund seines vorrangig auf die Verhinderung von rechtswidrigem Verhalten in Wahlkämpfen ausgerichteten Inhalts im Rahmen der Darstellung des Strafrechts abzuhandeln sei.⁴⁴ Diese von Mommsen vertretene Auffassung spricht für den kriminellen oder zumindest als kriminell empfundenen Charakter des Verhaltens der Kandidaten bei ihrem Werben um Wählerstimmen. Mommsen sieht sehr genau, daß das persönliche Verhalten der Kandidaten nicht Teil von Regularien aus dem Bereich des römischen Staatsrechts und der politischen Willensbildung des römischen Stimmvolkes sein kann. Dieses Verhalten wird erst dann Gegenstand der Gesetzgebung, wenn es in den Bereich des persönlich Vorwerfbaren gelangt. Dies aber gehört in die ausschließliche Zuständigkeit desjenigen Rechtsgebiets, das wegen Fehlverhaltens Sanktionen auszusprechen befugt ist. Dieses aber ist das Strafrecht.

Die Positionen von Paul Veyne, Wolfgang Schuller und Olivia Robinson auf der einen und die von Theodor Mommsen auf der anderen Seite widersprechen sich indes bei genauerer Betrachtung nicht. Den ersteren kommt es in ihren Darlegungen im Schwerpunkt nicht darauf an, eine unter juristischen Gesichtspunkten eindeutige Zuordnung des Verhaltens von Wahlkandidaten zu einem bestimmten Rechtsgebiet vorzunehmen, sondern dieses Verhalten in seinen politischen und soziologischen Auswirkungen zu würdigen. Unter Zugrundelegung dieses Ansatzes wird die Frage der formellen Zuordnung des Verhaltens der Kandidaten sekundär. Es kann daher abschließend festgestellt werden, daß Mommsens juristische Scheidung in einen Bereich des Staatsrechts und des Strafrechts zu

⁴¹ Vgl. ROBINSON, O. F., *The criminal law*, 85. Siehe hierzu auch FINLEY, M. I., *Das politische Leben in der antiken Welt*, 69.

⁴² Vgl. den Diskussionsbeitrag von J. MARTIN bei SCHULLER, W., (Hrsg.), *Korruption*, 85.

⁴³ Vgl. VEYNE, P., *Brot und Spiele*, 363.

⁴⁴ Vgl. MOMMSEN, Th., *Römisches Staatsrecht*⁴, I, 477 mit Anm. 4.

treffend erfolgt, gleichzeitig aber der Ergänzung durch eine differenzierende tatsächliche Betrachtung bedarf.⁴⁵

3. Das Verhältnis der Wähler zu den Kandidaten - Die politische und soziale Bedeutung des *munus*

Die Bezeichnung der Geschenke der Kandidaten an das Volk mit dem Wort *munus* deutet darauf hin, daß mit derartigen Handlungen nicht untrennbar, wie dies bei *largitio* der Fall ist, eine Bestechung verbunden wurde.⁴⁶ Eine derartige Bezeichnung von Spenden zum Zwecke der Wählerbeeinflussung kann aber auch ideologische Gründe gehabt haben, so daß mit *munus* absichtlich eine auf den Inhalt nicht zutreffende Vokabel gewählt wurde, um die übliche Praxis des Wahlkampfes zu verschleiern.⁴⁷ Es ist jedoch anzunehmen, daß es nahezu unausweichlich zum Weg an die politische Spitze gehörte bzw. fester Bestandteil der politischen Laufbahn war, dem Volk während derjenigen Zeit großzügige Spenden zu machen, in welcher man das Amt des Ädils innehatte.⁴⁸ Die Wähler erwarteten sogar von den Kandidaten für die Magistraturen, während des Wahlkampfes Bankette und Gladiatorenspiele ebenso wie Geld zu spenden.⁴⁹ Erfüllte ein Kandidat diese Erwartungen nicht, konnte dies negative Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Bürger haben.⁵⁰ Auf diese Situation trifft die interpretierende Übersetzung von *munus* als Leistung, zu der man in seiner besonderen Stellung oder Lage

⁴⁵ Es ist dies auch der Ausgangspunkt des Verfassungsbegriffs von J. Bleicken, der die Verfassung der römischen Republik als „das gesamte soziale Beziehungsnetz sowohl der Nobiles und Senatoren untereinander als auch das zwischen ihnen und den Bürgern“ bezeichnet und auf diese Weise sämtliche rechtlichen Bestimmungen und - in Abgrenzung und Ergänzung zu Mommsens Darstellung des römischen Staatsrechts - die sozialen Verhältnisse mit zu berücksichtigen vermag. Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 13. Zu Bleickens Kritik an Mommsens Staatsrechtslehre wie auch an dessen Begriffsjurisprudenz siehe eingehend BLEICKEN, J., Lex publica, 16-51, insbesondere 31.

⁴⁶ Vgl. LINDERSKI, J., Buying the Vote, Ancient World, 11, 1985, 87, 90.

⁴⁷ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 369.

⁴⁸ Vgl. HÖNLE, A., Art. 'Munus, Munera', DNP, 8, 483; MOMMSEN, Th., Römisches Staatsrecht⁴, I, 468; VEYNE, P., Brot und Spiele, 362-363.

⁴⁹ Vgl. HÖNLE, A., Art. 'Munus, Munera', DNP, 8, 486-487; KNAPOWSKI, R., Art. 'Munera', Lexikon der Alten Welt, 2, 2002 definiert *munera* als „unentgeltlich zu leistende, von den Bürgern verlangte Dienste“ und unterteilt diese in „persönlich zu leistende“ und „mit Geldleistungen verbundene Dienste“. Daß die Inhaber verschiedener Ämter zu unterschiedlichen Epochen während der republikanischen Zeit sogar von staatlicher Seite her zur Veranstaltung von Spielen verpflichtet wurden, erläutert MARQUARDT, J., Römische Staatsverwaltung², 3, 485-487.

⁵⁰ Vgl. MOMMSEN, Th., Römisches Staatsrecht⁴, I, 468; VEYNE, P., Brot und Spiele, 362-363.

verpflichtet ist oder sich verpflichtet fühlt, zu.⁵¹ Es konnte daher sogar vorkommen, daß das Volk einem besonders respektierten Magistraten das Geld für die Spiele erstattete.⁵² Es war den Wählern bekannt, daß Wahlen – die sogenannten „Wahlen“ – keine politisch bedeutsamen Veränderungen zur Folge hatten und ihre Stimmabgabe zumindest in dieser Hinsicht nicht von allzu großer Bedeutung war. Es ist anzunehmen, daß sie deshalb wenigstens in den Genuß der Wahlgeschenke kommen wollten, die den einzigen Vorteil darstellten, den sie von Wahlen zu erwarten hatten.

Bei den Wahlen für die Magistraturen ging es weniger um politische Macht als vielmehr um Ehre und Ansehen in Senat und Gesellschaft. Die Magistraturen stellten weniger eine Art Ministerien dar, waren also nicht von besonderer politischer Bedeutung, sondern vielmehr handelte es sich dabei um Adelstitel.⁵³ Die für einen Oligarchen einzig würdige, erstrebenswerte und damit mögliche Karriere war die politische. Seine *dignitas* hing von den mit der Magistratur verbundenen Ehrungen ab.⁵⁴ Entscheidungen von politischer Bedeutung wurden im Bereich der Legislative getroffen, was zur Folge hatte, daß sich die Kandidaten im Wahlkampf kaum mit politischen Themen oder Streitpunkten befaßten. Da es den Kandidaten also kaum möglich war, mit politischen Zielen zu werben, entschieden unpolitische Gründe wie Beziehungen, Gefälligkeiten bis hin zu großzügigen „Spenden“ über das Ergebnis der Wahl.⁵⁵

Es ist anzunehmen, daß die Kandidaten auf Hierarchien und Regeln innerhalb der Oligarchie Rücksicht zu nehmen hatten, denn es wurden stets ausschließlich Senatoren oder Kandidaten gewählt, die von einer Fraktion des Senats vorgeschlagen waren. Daher liegt die Vermutung nahe, daß senatsinterne Regeln – ungeschriebene, aber dadurch nichtsdestoweniger wirksame Gesetze – bestimmten, wer überhaupt für ein Amt kandidieren durfte.

4. Philologischer Exkurs: Die Bedeutung des *munus*

Von Interesse erweisen sich im Zusammenhang mit der Wahlbestechung die zwei Bedeutungen von *munus*, das einerseits mit „Amt“, andererseits

⁵¹ Vgl. MOMMSEN, Th., Römisches Staatsrecht⁴, I, 468.

⁵² Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 362.

⁵³ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 364.

⁵⁴ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 362, 364.

⁵⁵ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 132; NICOLET, C., Der Bürger und der Politiker, in: GIARDINA, A., (Hrsg.), Römische Antike, 55; VEYNE, P., Brot und Spiele, 365-366.

mit „Geschenk“ übersetzt werden kann.⁵⁶ Erstens existiert eine Übersetzung von *munus* als Amt, womit das Amt allgemein, als Inbegriff der Obliegenheiten und Geschäfte bezeichnet wird, zu denen jemand vom Staat oder einem Oberen angewiesen ist und deren Leistung er übernommen hat. Die Übersetzung von *munus* als Geschenk betrachtet dieses Geschenk als Leistung, zu der man in seiner besonderen Stellung oder Lage verpflichtet ist oder sich verpflichtet fühlt. Hier ist anzumerken, daß es das Wort *munus* war, daß für Geschenke jeglicher Art an das Volk gebraucht wurde, nicht aber *largitio*, welches ebenso wie *munus* als Übersetzungsmöglichkeit des deutschen Wortes ‘Geschenk’ zu finden ist.

Largitio wird übersetzt als „freigebiges, reichliches Spenden“⁵⁷ aus Verschwendung oder Eigennutz, besonders zur Bestechung. *Largitio* bezeichnet auch jede dem Volk bewiesene Freigebigkeit, wie Spiele, Kämpfe, Gastmähler, insbesondere die Austeilung von Getreide, Geld und Öl.⁵⁸ Eine zweite Übersetzung von *munus* im Sinne einer Leistung, zu der man sich verpflichtet fühlt, erläutern die Ausführungen von Mommsen, der in dieser Hinsicht von einer „anbefohlenen, nöthigenfalls zwangsweise herbeizuführenden Pflichterfüllung“ spricht.⁵⁹

Im römischen Recht definierte der spätklassische Jurist Marcianus das Wort *munus*:

„Munus proprie est, quod necessarie obimus lege more imperiove eius, qui iubendi habet potestatem.“⁶⁰

„Munus im eigentlichen Sinne ist dasjenige, was wir notgedrungen/gezwungen/unfreiwillig auf uns nehmen aufgrund eines Gesetzes, einer Sitte oder aufgrund eines Befehls desjenigen, der Befehlsgewalt innehat.“

⁵⁶ Vgl. VIR, Tomus II, s.v. ‘*munus*’, 2036-2042.

⁵⁷ Siehe die eingehenden Ausführungen zu Schenkungen und allgemein zur Freigebigkeit unter ethischen und politischen Gesichtspunkten bei CIC., De off., II, 16-21, vgl. den, De Orat., III, 180 und De Inv., 2, 55-56. Siehe auch KOLB, F., Rom. Die Geschichte der Stadt in der Antike, 269 mit Anm. 5 auf den Seiten 694-695.

⁵⁸ Siehe philologisch-juristisch eingehend HEUMANN/SECKEL, Handwörterbuch zu den Quellen des römischen Rechts⁹, s.v. ‘*necessarius*’ mit zahlreichen Nachweisen. Siehe zum *munus* im System des römischen Schenkungsrechts eingehend HONSELL, H., MAYER-MALY, Th.; SELB, W., Römisches Recht, § 125, I, 3, mit Anm. 13, die mit Bezug auf PAULUS, Dig. 50, 16, 18, darauf hinweisen, daß der Begriffsumfang von *munus* auch die öffentliche Last und Abgabe erfaßt.

⁵⁹ MOMMSEN, Th., Römisches Staatsrecht⁴, I, 468.

⁶⁰ MARCIAN., Dig. 50, 16, De verborum significatione, 214.

Mit der Bezugnahme auf den *mos* weist Marcianus über den Bereich des rein Privatrechtlichen hinaus und bezieht die soziale Komponente des sittlich gebotenen Verhaltens in die Definition des *munus* mit ein. Die Hingabe eines Vermögenswertes geschieht bei der Gewährung eines *munus*, wie Marcianus ausführt, notgedrungen – *necessarie* – und stellt es dem aus eigenem Antrieb des Gewährenden – *sponte praestare* – gegenüber.⁶¹

5. Die wahlentscheidende Bedeutung der *centuria praerogativa* und die Haltung des Cato Uticensis

Aufgrund dieser eingeschränkten Wahlmöglichkeiten entstand die sogenannte „Prärogativzenturie“⁶². Diese *praerogativa* bedeutet, daß vor Beginn der Wahlen durch Los ein Wahlkreis, eine Zenturie bestimmt wurde – *sortitio praerogativae* –, die als erste abstimmte.⁶³ Dem Votum dieser Zenturie schlossen sich „namentlich in der über Gebühr entwickelten Wahltaktik der spätesten Republik“⁶⁴ auch die nachfolgend abstimmenden Zenturien an, so daß der zuerst abstimmende Wahlkreis für die Kandidaten von größter Bedeutung war⁶⁵ und einem *omen* gleichgeachtet wurde.⁶⁶ Zahlreiche Wähler der Oberschicht waren bei Wahlen mehreren Seiten verpflichtet, so daß ihnen die Einrichtung der Prärogativzenturie sehr gelegen kam, da ihnen so eine Entscheidung gleichsam abgenommen wurde.⁶⁷

⁶¹ MARCIAN., Dig. 50, 16, *De verborum significatione*, 214.

⁶² Siehe zur verfassungsrechtlichen und sozialen Bedeutung der *centuria praerogativa* eingehend BLEICKEN, J., *Lex publica*, 245-246; MEIER, C., Art. 'Praerogativa Centuria', RE, Supplement, Bd. 8, 567-598; MOMMSEN, Th., *Römisches Staatsrecht*⁴, III/1, 293; WIEACKER, F., *Römische Rechtsgeschichte*, 396-397.

⁶³ MOMMSEN, Th., *Römisches Staatsrecht*⁴, III/1, 293; BLEICKEN, J., *Lex publica*, 246; WIEACKER, F., *Römische Rechtsgeschichte*, 396.

⁶⁴ MOMMSEN, Th., *Römisches Staatsrecht*⁴, III/1, 398.

⁶⁵ Mommsen spricht sogar von einem „unverhältnismässigen Einfluss auf den Ausfall der Wahl“ mit der Folge, daß die Entscheidung der *praerogativa* in den Centuriatcomitien als der selten täuschende Vorbote des Wahlsiegs galt“. MOMMSEN, Th., *Römisches Staatsrecht*⁴, III/1, 398. Im Hinblick auf die Struktur der wahlberechtigten Bevölkerung und die Bedeutung einzelner Bevölkerungsgruppen für das Ergebnis einer Wahl siehe NICOLET, C., *Der Bürger und der Politiker*, in: GIARDINA, Andrea, (Hrsg.), *Römische Antike*, 55.

⁶⁶ „Praerogativam maiores omen comitiorum esse voluerunt“. CICERO, *De divinatione*, 1, 45, 103. Vgl. BLEICKEN, J., *Lex publica*, 246.

⁶⁷ Vgl. GELZER, M., *Die Nobilität*, 115; VEYNE, P., *Brot und Spiele*, 365; NICOLET, Claude, *Cicéron, Platon et le vote secret*, *Historia*, 19, 1970, 39, 52-53; WIRSZUBSKI, C., *Libertas als politische Idee im Rom der späten Republik und des frühen Prinzipats*, 62. Zur Bedeutung der Wähler aus der Oberschicht siehe

Daß das Bestechen der Wähler, die der Prärogativzenturie angehörten, nicht immer erfolgreich verlief, zeigt das Beispiel des Cato Uticensis.⁶⁸ Als dieser für das Amt des Prätors kandidierte, zahlten seine Gegner Bestechungsgelder an die Wähler der Prärogativzenturie.⁶⁹ Doch die im römischen Wahlsystem entscheidenden Wähler, von denen die Prätores und Konsuln gewählt wurden, waren die wohlhabendsten Bürger des römischen Volkes.⁷⁰ Daher mußte man ihnen erstens hohe Summen zahlen, um sie zu beeinflussen. Zweitens ließen sie sich, da sie sich nicht in finanzieller Not befanden, nicht immer kaufen, d. h., sie waren nicht immer einfach zu überzeugen, sondern überlegten sich eingehend, für welchen Käufer bzw. Kandidaten sie sich entschieden. Cato genoß bei den Wählern ein derartig hohes Ansehen, daß es den Wählern eine Ehre war, ihm ihre Stimme zu geben.⁷¹ Hier siegte also die Integrität des Cato, der insbesondere aufgrund dieser Eigenschaft eine außerordentlich geachtete Persönlichkeit war, über die Bestechungspraktiken seiner Gegner. Der Ausgang einer Wahl hing also nicht allein von Bestechungsgeldern und anderen Arten der erlaubten und unerlaubten Wählerbeeinflussung ab, sondern besonders herausragende Kandidaten, wie hier Cato, hatten die Möglichkeit, durch persönliche Qualitäten zu überzeugen

NICOLET, C., Der Bürger und der Politiker, in: GIARDINA, A., (Hrsg.), Römische Antike, 55. Das hier beschriebene römische Bindungswesen dominierte in der Gesellschaft wie auch in der Politik außerordentlich. Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, wurden in den Volksversammlungen Stimmtäfelchen, sogenannte *leges tabellariae* eingeführt, so daß die Kontrolle darüber entfiel, ob diejenigen, welche in der Bindungspyramide weiter unten angesiedelt waren, ihren Verpflichtungen auch nachkamen. Siehe hierzu JEHNE, M., Geheime Abstimmung und Bindungswesen in der Römischen Republik, HZ, 257, 1993, 596-597; Zur geheimen Abstimmung siehe auch KUNKEL, W.; WITTMANN, R., Staatsordnung, 623; WIEACKER, F., Römische Rechtsgeschichte, 398-399. Antike Autoren sahen den ursprünglichen Zweck der Einführung von *leges tabellariae* in der Erschwerung des *ambitus*, so etwa – unter Bezugnahme auf PLATON, Nomoi, 753 b – d – CIC., De leg., 3, 39: „Quae si opposita sunt ambitiosis, ut sunt fere, non reprehendo; si non valuerint tamen leges ut ne sit ambitus, habeat sane populus tabellam quasi vindicem libertati“ Vgl. auch BLEICKEN, J., Das Volkstribunat der klassischen Republik, 71; FINLEY, M. I., Das politische Leben in der antiken Welt, 59-60, der darauf hinweist, daß sich die *optimates* aus Furcht vor Verlust ihrer *auctoritas* gegen einen geheimen Abstimmungsmodus wandten. LINDERSKI, J., Buying the Vote, Ancient World, 11, 1985, 87, 91, vertritt hingegen die Ansicht, daß mancher Bürger unter dem Schutz der Stimmtäfelchen für Bestechung jeglicher Art empfänglich wurde, der sich zuvor im Angesicht seines Patrons notgedrungen an dessen „Empfehlungen“ gehalten hatte.

⁶⁸ Vgl. NICOLET, C., Der Bürger und der Politiker, in: GIARDINA, A., (Hrsg.), Römische Antike, 55.

⁶⁹ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 366.

⁷⁰ Vgl. BLEICKEN, J., Lex publica, 246; NICOLET, C., Der Bürger und der Politiker, in: GIARDINA, A., (Hrsg.), Römische Antike, 55.

⁷¹ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 365-366.

gen.⁷² Zahlreichen Kandidaten dürfte es allerdings an derartigen Qualitäten gemangelt haben. Zudem ist die Frage zu stellen, wie häufig es vorkam, daß ein Kandidat aufgrund persönlicher Vorzüge gewählt wurde und nicht wegen der erfolgreichen Bestechung der Wähler.⁷³

6. Geschenk und Verpflichtung im Wahlkampf der Römischen Republik

Die Gesetze zur Bekämpfung von *ambitus* richteten sich ausschließlich an die korrumpierenden Kandidaten und nicht an korrupte Wähler. Die Rolle der Wähler ist hier bereits dargelegt worden.⁷⁴ Veyne kommentiert die gesetzliche Lage mit den Worten: „Denn der Gesetzgeber verstand sie (sc. die Wähler) nur zu gut.“⁷⁵ Wie gut aber verstand der Gesetzgeber die Wähler wirklich? Die *ambitus*-Gesetze schützten die Kandidaten vor gegenseitiger Überbietung, die sie in den finanziellen Ruin hätte treiben können.⁷⁶

Doch hätte man nicht ebenso auch Gesetze zum Schutz der Wähler erlassen können oder sollen? Sie fühlten sich möglicherweise aufgrund der Geschenke, die sie von den Kandidaten – natürlich auf freiwilliger Grundlage, der *liberalitas*⁷⁷ – annahmen, dazu verpflichtet, letzteren eine Gegenleistung zu bieten mit der Folge, daß auf diesem Wege der (einseitig erfolgenden) Schenkung ein korrespondierendes Moment hinzugefügt wird.⁷⁸ Diese wurde dann nicht mehr mit dem gleichen Maß an

⁷² Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 363-366.

⁷³ Vgl. NICOLET, C., Der Bürger und der Politiker, in: GIARDINA, A., (Hrsg.), Römische Antike, 55.

⁷⁴ Siehe oben in diesem Kapitel unter den Abschnitten 2, 3 und 5.

⁷⁵ VEYNE, P., Brot und Spiele, 369.

⁷⁶ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 369.

⁷⁷ Siehe zur *liberalitas* bei der *donatio* im römischen Recht BIONDI, B., Istituzioni di diritto romano, 753, der *liberalitas* und *donatio* im römisch-rechtlichen Sprachgebrauch als synonym verwendet ansieht. Siehe hierzu auch VIR, II, s.v. ‘donum’, 388-389, unter Zitierung von MARCIAN., Dig. 50, 16, 214: „Dona proprie sunt, quae nulla necessitate iuris, officii, sed sponte praestantur.“ ULPIAN., Dig., 50, 16, 194: „Inter ‘donum’ et ‘munus’ hoc interest, quod inter genus et speciem: nam genus esse donum Labeo a donando dictum, munus speciem: nam munus esse donum cum causa, ut puta natalicium, nuptalicium.“ Vgl. auch HEUMANN/SECKEL, Handwörterbuch zu den Quellen des römischen Rechts⁹, s.v. ‘munus’.

⁷⁸ Vgl. JEHNE, M., Geheime Abstimmung und Bindungswesen in der Römischen Republik, HZ, 257, 1993, 596; JEHNE, M., Cato und die Bewahrung der traditionellen res publica. Zum Spannungsverhältnis zwischen *mos maiorum* und griechischer Kultur im zweiten Jahrhundert v. Chr., in: G. VOGT-SPIRA; B. ROMMEL (Hrsg.), Rezeption und Identität, Die kulturelle Auseinandersetzung Roms mit Griechenland als europäisches Paradigma, 1999, 115-134; NICOLET, C., Cicéron,

Freiwilligkeit erbracht wie das den Wählern leicht gemachte Annehmen von Wahlgeschenken.⁷⁹

„Der römische Grundsatz, daß jedes *beneficium*, also jede Gefälligkeit, ein *officium*, also eine Verpflichtung, erzeugt, verstärkte das natürliche Schwergewicht der Macht, indem eine einmal errungene Führungsstellung mit der Möglichkeit, viele *beneficia* zu erweisen, zwangsläufig eine Vermehrung und Vertiefung von Bindungen nach sich ziehen mußte, wozu noch deren tendenzielle Erbllichkeit als stabilisierender Faktor trat.“⁸⁰

Dieses Phänomen, also ein Gefühl von moralischer Verpflichtung oder sogar unfreiwilliger, herbeigeführter Dankbarkeit bezeichnet Simmel als „innere Soziologie“⁸¹. Bisher wurde das Gefühl der Dankbarkeit als das korrespondierende psychologische Moment zur Freigebigkeit kaum in ethischer oder gar rechtsethischer Hinsicht untersucht. Erst bei Georg Simmel findet sich eine eingehende Betrachtung über den Zusammenhang von Treue und Dankbarkeit.⁸² Die Schenkung stellt laut Simmel eine besondere Art der freiwilligen Vorleistung dar, die aufgrund ihrer vollkommenen Freiwilligkeit ihren Ursprung im „virgin soil der Seele“⁸³ hat. Der Schenker gibt einen Teil seines Vermögens, „obwohl kein Gesetz und kein Recht ihn dazu zwingt“, oder, wie es in den Digesten heißt, „nullo iure cogente“⁸⁴.

Platon et le vote secret, *Historia*, 19, 1970, 49, 52-53; WIRSZUBSKI, C., *Libertas* als politische Idee im Rom der späten Republik und des frühen Prinzipats, 62.

⁷⁹ Zur Abhängigkeit durch Schenkung insbesondere unter rechtlichen Gesichtspunkten siehe BÜRGE, A., Vertrag und personale Abhängigkeiten in Rom, *SZ*, Rom. Abt., 97, 1980, 105, 140-141 m.w.N.

⁸⁰ JEHNE, M., Geheime Abstimmung und Bindungswesen in der Römischen Republik, *HZ*, 257, 1993, 596; ders., Cato und die Bewahrung der traditionellen *res publica*. Zum Spannungsverhältnis zwischen *mos maiorum* und griechischer Kultur im zweiten Jahrhundert v. Chr., in: G. VOGT-SPIRA; B. ROMMEL (Hrsg.), *Rezeption und Identität, Die kulturelle Auseinandersetzung Roms mit Griechenland als europäisches Paradigma*, 1999, 115-134;

⁸¹ SIMMEL, G., *Soziologie*, 665; vgl. zum Verhältnis von Schenkung und Dankbarkeit im römischen Recht ausführlich BAYER, B., *Mildtätigkeit versus rationelles Kalkül*, *OIR*, V, 84-103; zur Funktion der Gabe als Mittel der Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen siehe eingehend MAUSS, M., *Die Gabe*, 123, wo Mauss darlegt, durch die Gabe würden die Kontrahenten gegenseitig gebunden, es entstünde ein *nexum*, ein rechtliches Band, das die Menschen *innerlich* einander verpflichtet.

⁸² SIMMEL, G., *Soziologie*, 652-670.

⁸³ SIMMEL, G., *Soziologie*, 667; vgl. HONSELL, H., MAYER-MALY, Th., SELB, W., *Römisches Recht*, § 125, I, 3, unter Hinweis auf MARCIAN., *Dig.* 50, 16, 214.

⁸⁴ „Donari videtur, quod nullo iure cogente conceditur.“ PAPINIAN., *Dig.* 39, 5, 29 pr.; in der Sinnrichtung ähnlich MARCIAN. *Dig.* 50, 16, 214, der *dona* bestimmt als

Die Schenkung unterwirft den Beschenkten, der die Vorleistung annimmt, der (sozialen) Pflicht zu einer ihrem Umfang nach unbestimmten Gegenleistung, der Dankbarkeit. Trotzdem existiert kein Rechtszwang, der dieser Pflicht ein rechtliches Gepräge verleihen könnte.⁸⁵ Auch für den Beschenkten gilt, er schulde Dankbarkeit „*nullo iure cogente*“. Die Wechselbeziehung zwischen Schenkung und Dankbarkeit, die auf der Freiwilligkeit aufbaut, bezeichnet Simmel als „Ergänzung der rechtlichen Ordnung“.⁸⁶ Schenkung und Dankbarkeit seien zu betrachten als „Band der Wechselwirkung, des Hin- und Hergehens von Leistung und Gegenleistung“, als ein verbindendes Element, das auch dort entsteht, „wo kein äußerer Zwang es garantiert“⁸⁷. Die Dankbarkeit ist, so Simmel weiter, „gleichsam das moralische Gedächtnis der Menschheit“⁸⁸. Hieraus folgert Simmel:

„Würde mit einem Schlage jede auf frühere Aktionen hin den Seelen verbliebene Dankreaktion ausgetilgt, so würde die Gesellschaft, mindestens wie wir sie kennen, auseinanderfallen.“⁸⁹

Ein Moment der innerlichen, nicht erzwungenen und nicht erzwingbaren Verbundenheit bestehe innerhalb einer Gesellschaft von Natur aus nicht. Es gelangt in die Gesellschaft erst mit der rechtlichen Institution der Schenkung und ihren außerrechtlich-sozialen Wirkungen. Dieses Moment der Verbundenheit von Schenker und Beschenktem bezeichnet Simmel mit dem Begriff „innere Soziologie“⁹⁰.

diejenigen Schenkungen, „*quae nulla necessitate iuris officiis et sponte praestantur*.“ Siehe zur Formel „*nullo iure cogente*“ bei der Schenkung BIONDI, B., *Istituzioni di diritto romano*, 753; HONSELL, H., MAYER-MALY, Th., SELB, W., *Römisches Recht*, § 125, I, 3. Zu den soziologischen Folgerungen siehe BAYER, B., *Mildtätigkeit versus rationelles Kalkül*, OIR, V, 90.

⁸⁵ Zur Unbestimmtheit der Gegenleistung siehe LUHMANN, *Rechtssoziologie*, 156, unter Hinweis auf HERODOT, *Hist.*, III, 139 ff.; vgl. BAYER, B., *Mildtätigkeit versus rationelles Kalkül*, OIR, V, 90.

⁸⁶ SIMMEL, G., *Soziologie*, 661; vgl. HONSELL, H., MAYER-MALY, Th., SELB, W., *Römisches Recht*, § 125, I, 3, unter Hinweis auf MARCIAN., *Dig.* 50, 16, 214.

⁸⁷ SIMMEL, G., *Soziologie*, 661.

⁸⁸ SIMMEL, G., *Soziologie*, 662.

⁸⁹ SIMMEL, G., *Soziologie*, 662.

⁹⁰ SIMMEL, G., *Soziologie*, 665.

7. Die Position des Cato zur Umwandlung des *mos maiorum* in Rechtsnormen

Die Ausführungen über die Entstehung, den soziologischen Hintergrund wie auch über die Gesetze zur Bekämpfung des *ambitus* zeigen, wie sehr das öffentliche Leben in der ausgehenden Republik von der Wahlbestechung geprägt war. Wie erwähnt, verliehen die Praktiken rund um die Wahlbestechung dem gesellschaftlichen Leben in Rom sogar einen eigenen Rhythmus und hatten sich bereits soweit eingebürgert, daß sie von Seiten des Volkes nicht als unrechtmäßig empfunden wurden.⁹¹

Insbesondere im Hinblick auf derartige Entwicklungen betonte Cato seine oppositionelle Position als Vertreter des *mos maiorum*.⁹² Um auf das Verfahren gegen Murena zurückzukommen, sei hier noch einmal erwähnt, daß Cato als Generalpräventiv gegen Korruption und Sittenverfall für die Verurteilung des Murena eintrat.⁹³ Wodurch hatten sich die gesellschaftlichen Wertvorstellungen verändert? Wie ist im Hinblick auf die politische und soziale Lage in der ausgehenden Republik die Position des Cato zu beurteilen, mit Hilfe einer gesetzlichen Strafe ein Zeichen gegen gesellschaftlichen Verfall zu setzen?

Die Normen, an welchen die römischen Bürger, insbesondere die Nobiles ihr tägliches Leben ausrichteten, waren politische und soziale Verhaltensregeln, die man über einen langen Zeitraum nicht hinterfragt und als selbstverständlich befolgt hatte. Sie wurden von den Römern *mores* genannt.⁹⁴ Mit dem Aufstieg Roms zur Weltmacht und der veränderten politischen und sozialen Lage – was unter anderem eine Folge fremder kultureller Einflüsse aus von Rom eroberten Gebieten war – ging ein Wertewandel einher, der sich in veränderten Verhaltensweisen im öffentlichen wie auch im privaten Leben äußerte.⁹⁵ Erst jetzt wurden

⁹¹ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 358.

⁹² Zum *mos maiorum* siehe DULCKEIT, G.; SCHWARZ, F.; WALDSTEIN, W., Römische Rechtsgeschichte⁹, 182; OLSHAUSEN, E., Das politische Denken der Römer zur Zeit der Republik, in: FETSCHER, I.; MÜNKLER, H., (Hrsg.), Pipers Handbuch der politischen Ideen, I, 487, 497-506; SCHULZ, F., Geschichte der römischen Rechtswissenschaft, 28, nennt den *mos maiorum* eine lediglich „*well established custom*“, die man nicht ohne Grund aufgibt, die aber niemals Gesetzeskraft hat.“ Siehe auch DEMANDT, A., Antike Staatsformen, 390.

⁹³ Vgl. AYERS, D. M., Cato's speech against Murena, CJ, 49, 1954, 246; MACDONALD, C., Cicero, Mur., XXXVIII.

⁹⁴ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 60; GEHRKE, H.-J., Römischer *mos* und griechische Ethik, HZ, 258, 1994, 621; KUNKEL, W., Gesetzesrecht und Gewohnheitsrecht in der Verfassung der Römischen Republik, in: Kleine Schriften. Zum römischen Strafverfahren und zur römischen Verfassungsgeschichte, 367, 377.

⁹⁵ Es ist unter dem Gesichtspunkt der Verunsicherung der ethischen Grundlagen des öffentlichen Lebens eine treffende Bemerkung von J.G. DROYSEN, Geschichte des

die zuvor üblichen, allgemein akzeptierten und verbreiteten Verhaltensweisen als Normen bewußt, deren Einhaltung eine wichtige Funktion für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung und die gesellschaftliche Position der *nobiles* hatte.⁹⁶ Forderungen nach besserer Beachtung der traditionellen Normen wurden laut. Diese Forderungen wurden damit begründet, daß die Normen bzw. der Verhaltenscodex der Vorfahren Rom an die Spitze der Macht und des Erfolges gebracht und sich demnach bewährt hatten.⁹⁷

Der Begriff des *mos maiorum* war typisch für diese Zeit des gesellschaftlichen Wandels, in der er entstand. Er verdeutlichte in erster Linie die Tatsache, daß diejenigen Normen, welche die Größe Roms bewirkt hatten und welche als die gesellschaftliche Ordnung fördernd betrachtet wurden, ihren Ursprung nicht in der Gegenwart, sondern in der Vergangenheit hatten.⁹⁸ Teilweise kam es zu einer Glorifizierung der Vergangenheit wie auch zu einer Überbewertung altrömischer Moralvorstellungen und Verhaltensweisen.⁹⁹ Die Kluft zwischen Vergangenheit und Gegenwart, traditionellen Wertvorstellungen und den im täglichen Leben verwirklichten Normen vergrößerte sich zunehmend. Gegen Ende der republikanischen Epoche entwickelte sich der *mos maiorum* zusehends zu einem in der Wirklichkeit des römischen Lebens nicht mehr repräsentierten Ideal.¹⁰⁰

Hellenismus, III, 216-217, wenn er ausführt: „An die Stelle des historische, des Natur-Staates trat der rationale. Die Philosophie in ihren unzähligen Schattierungen war der recht eigentliche Ausdruck jener Zeit. (...) In allen Bildungen dieser Zeit erkennt man die vorherrschende Tendenz, an die Stelle der alten organisch erwachsenen Verhältnisse, die nach dem Absterben des alten Geistes irrational und unerträglich geworden sind, neue rationalere zu schaffen, wie sie den Forderungen der Vernunft entsprechend sind.“ Siehe hierzu auch GELZER, M., Die Nobilität, 116 sowie LINDERSKI, J., Buying the Vote, *Ancient World*, 11, 1985, 87, 89, der *largitio* und *ambitus* als Symptome und nicht als Gründe des Wertewandels bezeichnet.

⁹⁶ GEHRKE, H.-J., Römischer *mos* und griechische Ethik, HZ, 258, 1994, 621-622. Siehe auch BLEICKEN, J., Lex publica, 373, der darlegt, daß die Abwehrreaktionen gegen die gesellschaftlichen Verfallserscheinungen zur Idealisierung des *mos maiorum* führten. F. HAMPL, Römische Politik in republikanischer Zeit und das Problem des Sittenverfalls, HZ, 188, 1959, 497 ff. legt dar, daß sich zwar „kein grundsätzlicher Wandel in den moralischen Verhaltensweisen der Menschen von der frühen zur späten Republik“ vollzogen hatte, daß „das Bewußtsein von einem Sittenverfall“ aber als eine neuartige Erscheinung zu betrachten sei.

⁹⁷ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 61.

⁹⁸ Vgl. KUNKEL, W., Gesetzesrecht und Gewohnheitsrecht in der Verfassung der Römischen Republik, in: Kleine Schriften. Zum römischen Strafverfahren und zur römischen Verfassungsgeschichte, 367, 377.

⁹⁹ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 60-62.

¹⁰⁰ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 60-62.

Um ihre gesellschaftlich bedeutende Stellung und die traditionelle Ordnung, die in Gefahr geraten waren, zu retten, forderte die Nobilität nicht ausschließlich die Einhaltung des *mos maiorum*, sondern hob die Ebene der Verbindlichkeit dieser gesellschaftlichen Normen an, indem man sie zu Rechtsnormen machte.¹⁰¹ Die Forderungen nach den gewünschten Verhaltensweisen wurden also gesetzlich verankert, um ihre Befolgung mit Nachdruck zu fordern und ihre Durchsetzung zu erleichtern.¹⁰² Der Verstoß dagegen wurde, wie bei allen Gesetzen, mit Strafen geahndet.¹⁰³ Die gesetzliche Strafe trat hier also notwendigerweise aufgrund veränderter Wertvorstellungen und Verhaltensweisen an die Stelle gesellschaftlicher Ächtung.

„Im Volksleben der archaischen Zeit (...) erscheint das Recht noch in einer ungeschiedenen und unvermittelten Einheit mit dem Bereich des Sittlichen und der Sitte. Äußere und innere Ordnung, Rechtszwang und Pflichtbindung, weltliches Formenwesen und sakrales Brauchtum (...) fallen zur einheitlichen Sozialnorm zusammen. Was dem überkommenen geheiligten Brauch (*mos maiorum*) entspricht, ist ebenso sehr Recht, und alles Recht erscheint seinerseits als sakrale Übung und als Gebot der bestehenden Sitte.“¹⁰⁴

Der *mos maiorum* als „ungeschriebene Verfassung“¹⁰⁵ war mithin einer der Grundpfeiler römischer Staatsverwaltung.

¹⁰¹ Zur Absonderung des geschriebenen Rechts vom ungeschriebenen *mos maiorum* siehe die Untersuchung von R. von JHERING, Geist des römischen Rechts⁵, II/1, 31-38, der bereits im Jahre 1852 den Übergang zum Recht als Vorgang der Isolierung und der Trennung des bestimmten Gesetzes von der Unbestimmtheit des gewohnheitsmäßig geltenden *mos maiorum* beschreibt; vgl. ebenso KUNKEL, W., Gesetzesrecht und Gewohnheitsrecht in der Verfassung der Römischen Republik, in: ders., Kleine Schriften, 367, 377, der darlegt, daß *mos maiorum* gleichbedeutend mit dem Begriff *exempla maiorum* war. Hierin zeigt sich seiner Ansicht nach am deutlichsten der Normcharakter, den die Verhaltensweisen ihrer Vorfahren für die Römer besaßen. Die Frage nach den *exempla* spielte, wie Kunkel darlegt, bei der Entscheidung über die Richtigkeit eines Verhaltens eine zentrale Rolle. Siehe hierzu auch BLEICKEN, J., Lex publica, 387, der in diesem Zusammenhang von der „Jurifizierung von *mos*“ spricht.

¹⁰² Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 62-63; DULCKEIT, G.; SCHWARZ, F.; WALDSTEIN, W., Römische Rechtsgeschichte⁹, 48. (Hervorhebungen im Original).

¹⁰³ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 63.

¹⁰⁴ DULCKEIT, G.; SCHWARZ, F.; WALDSTEIN, W., Römische Rechtsgeschichte⁹, 48, (Hervorhebung im Original). Zu traditionellen Handlungsmustern im Rahmen des *mos maiorum* siehe eingehend WIEACKER, F., Römische Rechtsgeschichte, 504-505.

¹⁰⁵ MEYER, E., Römischer Staat und Staatsgedanke, 253.

Da, wie in diesem Fall, die Wahlbestechung weder von Seiten der Kandidaten noch von Seiten der Wähler als unrechtmäßig empfunden wurde, sich sogar zu einem festen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens entwickelt hatte, war der *mos maiorum* hier nicht mehr geeignet, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Damit ist es zu erklären, daß Cato als Vertreter altrömischer Wertvorstellungen bestrebt war, Murena wegen *ambitus* zu verurteilen, um so die Gesellschaft zumindest in gewissem Maße im Hinblick auf ihre Vorstellungen von Recht und Moral zu beeinflussen. Cato versuchte also, mit Hilfe des Gesetzes soziale und politische Verhaltensweisen der Gesellschaft zu verändern.

Doch ist hier zumindest die Frage zu stellen, ob das von Cato während seiner gesamten Laufbahn wiederholt in kontroversen Diskussionen vorgebrachte Argument, seine Forderungen seien auf das Wohl des Staates ausgerichtet, in diesem Fall zutrifft. In der Diskussion bei Schuller stellt Martin die Frage, wie die Beeinflussung von Wählern in der römischen Republik mit Hilfe von Geschenken jeglicher Art zu interpretieren sei und ob man sie als Korruption bezeichnen müsse. Das bedeutet, daß danach zu fragen ist, ob *ambitus* ein Verhalten war, durch welches die ausgehende Republik stabilisiert oder destabilisiert wurde.¹⁰⁶

¹⁰⁶ Vgl. den Diskussionsbeitrag von J. MARTIN bei SCHULLER, W., (Hrsg.), *Korruption*, 84-85.

8. Catos Sichtweise von *ambitus* als staatsschädigend – wirklichkeitsnah oder anachronistisch?

Dasjenige, was Cato für klar und eindeutig hält, und zwar, daß *ambitus* den Staat bzw. die staatliche Ordnung schädigt, stellt Martin in Frage. Er hält es zumindest für diskutabel, ob das Beeinflussen von Wählern, sei es gesetzlich erlaubt oder nicht, als Korruption zu bezeichnen ist. Denn er vertritt die Meinung, daß *ambitus* eine der Säulen darstellte, die das politische System der späten Republik stützten.¹⁰⁷ Ist dies wirklich so gewesen, stellt sich die Frage, ob nicht auch Cato sehen mußte, daß *ambitus* eine notwendige Konstituente der Wahlen bzw. des Wahlkampfes geworden war. Daß die Praktiken, welche insgesamt als *ambitus* zusammengefaßt werden, fest etabliert und von der Gesellschaft akzeptiert waren, hat die obige ausführliche Darstellung gezeigt.¹⁰⁸ Zusammenfassend sind drei grundlegende Aspekte festzuhalten, die begründen, daß ein politischer Wahlkampf nicht möglich war. Die Klientel brach seit dem Beginn des zweiten Jahrhunderts auseinander, das neu entstandene Weltreich brachte neue Notwendigkeiten mit sich und das römische Volk war im Gegensatz zur Bevölkerung der griechischen Poleis politisch nicht fest in die Staatsverwaltung und die politische Meinungsbildung einbezogen.¹⁰⁹

Hätte nicht auch Cato erkennen müssen – Martins Aussagen als richtig vorausgesetzt -, daß *ambitus* ein Verhalten darstellte, welches aus der republikanischen Staatsform hervorgegangen war und sie zugleich unterstützte? Oder erscheint es lediglich aus heutiger Sicht natürlich, daß in einem nicht-politisierten Wahlkampf die Kandidaten nach anderen Mitteln suchten, um für sich zu werben?¹¹⁰

¹⁰⁷ Vgl. den Diskussionsbeitrag von J. MARTIN bei SCHULLER, W., (Hrsg.), *Korruption*, 84-85.

¹⁰⁸ Allein D. LIEBS vertritt in der Diskussion bei SCHULLER, W., (Hrsg.), *Korruption*, 87-88, die Meinung, Korruption sei niemals gesellschaftlich akzeptiert gewesen. Bei NICOLET, C., *Der Bürger und der Politiker*, in: GIARDINA, A., (Hrsg.), *Römische Antike*, 27, 55 wird die Frage gestellt, wie weit verbreitet und bestimmend die Wahl-„Bestechung“ tatsächlich war, ohne freilich eine eigene These zu vertreten. Nicolet hält die bisherige Erforschung der Bestechung im antiken Rom für unzureichend und erwartet eine „präzise und objektive Untersuchung“ erst für die Zukunft.

¹⁰⁹ Vgl. den Diskussionsbeitrag von J. MARTIN bei SCHULLER, W., (Hrsg.), *Korruption*, 85. Im Hinblick auf einen Vergleich mit der athenischen Demokratie siehe BLEICKEN, J., *Die athenische Demokratie*, 358. Insbesondere die Athener waren im Gegensatz zu den Bürgern der meisten anderen griechischen Städte ausgesprochen wenig von der Bestechung betroffen.

¹¹⁰ Vgl. die Diskussionsbeiträge von SCHULLER und DEMANDT bei SCHULLER, W., (Hrsg.), *Korruption*, 85-86.

Die Position des Cato, der aus Prinzip ein konservativ orientierter, kategorischer Vertreter des Alten, Traditionellen, das heißt des *mos maiorum* war, ist möglicherweise damit zu erklären, daß er die Beeinflussung der Wähler im Vergleich mit den Verhaltensweisen der Vorfahren betrachtete und sie, da sie diesen widersprachen, als nicht richtig, unrechtmäßig, ja sogar staatsfeindlich bewertete.¹¹¹ Obwohl *ambitus* in der späten Römischen Republik wahrscheinlich nicht eindeutig als systemwidrig zu bezeichnen ist¹¹², verlangte Cato eindeutigere Entscheidungen der Wähler, die auf einer anderen Grundlage getroffen werden sollten als aufgrund von Verhaltensmustern, deren Eigenart von Simmel als „innere Soziologie“ bezeichnet wird.

Catos Sichtweise des *ambitus* repräsentiert Martins Ansicht nach nicht die Norm.¹¹³ Es gab zwar Bürger, die *ambitus* ebenso wie Cato als unmoralisch und unrechtmäßig verurteilten; darauf deuten auch zahlreiche Verurteilungen wegen *ambitus* hin.¹¹⁴ Jedoch wurde ein derartiges Verhalten nicht gesellschaftlich, zumindest nicht geschlossen von der Gesellschaft sanktioniert. Ziele wie die Magistratur, deren gesellschaftliche Akzeptanz außer Frage steht, rechtfertigen Martins Ansicht nach selbst Mittel wie *ambitus*. Diese Meinung wird durch das oben dargestellte Verhalten der Wähler unterstützt. Zudem bedeutet der Begriff der Korruption, daß ein persönliches Verschulden vorliegt.¹¹⁵

Wie bereits erläutert, fühlten sich die Kandidaten für die Magistraturen jedoch von Seiten des Volkes dazu verpflichtet, Festessen und Gladiatorenspiele auszurichten, um bei der Wahl eine gewisse Aussicht auf Erfolg zu haben.¹¹⁶

Aus dieser Argumentation läßt sich im Hinblick auf die von Cato vertretene Position zum *ambitus* folgendes schließen: Auf lange Sicht wird ein Ziel, auch wenn es als solches von der Gesellschaft akzeptiert wird, aufgrund der unlauteren Mittel, die es erfordert, nicht mehr anerkannt werden.¹¹⁷ Die Mittel, welche die Kandidaten zur Wahlbestechung einsetzten, wurden im Laufe der Zeit immer kostspieliger und unüberschaubarer. Traditionelle Bräuche wurden verfälscht. Daher ist anzunehmen, daß es nicht zuletzt das Ausmaß, das heißt die übersteigerten Formen der

¹¹¹ Vgl. BLEICKEN, J., Die Verfassung, 63.

¹¹² Vgl. die Diskussion bei SCHULLER, W., (Hrsg.), Korruption, 84-90.

¹¹³ Vgl. den Diskussionsbeitrag von J. MARTIN bei SCHULLER, W., (Hrsg.), Korruption, 88.

¹¹⁴ Vgl. den Diskussionsbeitrag von D. LIEBS bei SCHULLER, W., (Hrsg.), Korruption, 87.

¹¹⁵ Vgl. den Diskussionsbeitrag von J. MARTIN bei SCHULLER, W., (Hrsg.), Korruption, 88-89, und VEYNE, P., Brot und Spiele, 362-364.

¹¹⁶ Vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 362.

¹¹⁷ Der Grundsatz *ius ad finem dat ius ad media*, der den Einsatz aller denkbaren Mittel zur Erreichung eines Zieles rechtfertigen könnte, gilt insofern nicht.

Wahlbestechung waren, die Cato zu heftigem Widerstand veranlaßten. Sie mußten für ihn geradezu eine Herausforderung darstellen, auf die er mit außerordentlicher Aktivität reagierte.

Wichtig erscheint in der gesamten Diskussion die Frage danach, ob die Wahlbestechung im öffentlichen Bewußtsein als Korruption, also als unrechtmäßig eingestuft wurde. Der Standpunkt hierzu bleibt gespalten. Außer Frage steht aber die Tatsache, daß Cato mit seiner Bewertung des *ambitus* unter moralischen Gesichtspunkten außerhalb der Norm steht, moralisch überdurchschnittliche Werte vertritt.¹¹⁸ Diese Wertvorstellungen des Cato in Verbindung mit seinem besonders starken und überzeugten Haften an Traditionen sind es, die ihn nicht erkennen lassen, daß ein vom *mos maiorum* abweichendes Verhalten, wie es sich im *ambitus* ausformte, systemimmanente und sogar systemtragende Funktionen übernommen hat.

Es bleibt zu diskutieren, inwiefern der *ambitus* das politische System der Republik auch weiterhin getragen hätte bzw. wie lange der *ambitus* in dieser ausgeprägten Form noch Bestand gehabt hätte, wenn die republikanische Staatsform nicht durch das Kaisertum ersetzt worden wäre.¹¹⁹ Wie wichtig die Leistungen des Cato, das heißt seine Opposition gegen den *ambitus* im Hinblick auf das Wohl des Staates bzw. das Bewahren der republikanischen Staatsform waren, läßt sich demnach nicht eindeutig beurteilen.

9. Cato und die Autarkie des Stoikers im Hinblick auf seine Position gegenüber *ambitus*

Die Autarkie ist einer der Lebensgrundsätze griechischer Lebensgestaltung des einzelnen und der Polis. Philosophisch wird der Begriff Autarkie zusammen mit dem Begriff Glückseligkeit, εὐδαιμονία¹²⁰, entwickelt. Εὐδαιμονία ist der zentrale Begriff der griechischen Ethik und wird als das Ziel betrachtet, auf das Menschen bei ihrem Handeln eigentlich hinstreben.¹²¹ Ein zufriedenstellendes, gelingendes Leben

¹¹⁸ Vgl. den Diskussionsbeitrag von J. MARTIN bei SCHULLER, W., (Hrsg.), Korruption, 88.

¹¹⁹ Vgl. den Diskussionsbeitrag von A. DEMANDT bei SCHULLER, W., (Hrsg.), Korruption, 89; vgl. VEYNE, P., Brot und Spiele, 369.

¹²⁰ Hier sei auf den diesem Kapitel angeschlossenen kurzen Exkurs über εὐδαιμονία verwiesen, in dem der zentrale Begriff der griechischen Ethik erläutert wird, da er nahezu untrennbar mit demjenigen der Autarkie verbunden ist.

¹²¹ REINER, H., Art. 'Eudämonismus', HWPh, 2, 820; FORSCHNER, M., Über das Glück des Menschen, 1-21 zu Aristoteles, 22-44 zur Lebenslehre Epikurs, 45-79 zur Lehre von der εὐδαιμονία in der Philosophie der Stoa.

wird beeinträchtigt oder unmöglich, wenn man sich nach Konventionen richten muß, denen man nicht zustimmen kann oder durch die man gezwungen ist, mit leiderzeugenden Dingen oder Personen zusammenzuleben, Dinge oder Personen verliert, von denen man sich innerlich abhängig gemacht hat. Daher ist eine Bedingung für die Möglichkeit des Erreichens von Glückseligkeit die αὐτάρκεια, also die äußere und innere Unabhängigkeit von allem, was Leid erzeugen könnte.¹²² Aristoteles definiert Glückseligkeit als „das vollkommene und selbstgenügsame Gut“, das er in letzter Konsequenz als die beste und vollkommenste Tätigkeit der Seele – das ist für ihn die θεωρία – bestimmt, und zwar unter anderem aus dem Grund, weil diese unabhängig von Dingen und Personen möglich ist.¹²³

Das Ideal der αὐτάρκεια wird ausgeprägt von den Kynikern als Ablehnung aller Konventionen und als Bedürfnislosigkeit.¹²⁴ Eine ähnliche Sichtweise vertritt die Stoa, für die αὐτάρκεια die Ausschaltung sämtlicher schädlichen Affekte¹²⁵ bedeutet, wodurch die Autarkie ἀπάθεια¹²⁶ wie auch ἀταραξία¹²⁷, zwei der wichtigsten Tugenden der Stoa, hervorbringt.¹²⁸ Der stoische Weise erhofft sich auf dieser Grundlage dauerhafte Glückseligkeit - εὐδαιμονία - und humane Beziehungen zu seinen Mitmenschen.¹²⁹ Es sind insbesondere die Begierden, welche sich im Hinblick auf *ambitus* in den Forderungen der Wähler nach Wahlgeschenken der Kandidaten zeigen, die ein glückseliges und humanes Leben verhindern. Die Tatsache, daß die Mehrheit der Wähler nicht frei von Affekten ist, da diese der menschlichen Natur immanent zu sein scheinen, macht die Wahlberechtigten empfänglich für jegliche Art von Wahlgeschenken. Wie die Betrachtung der „inneren Soziologie“ des Menschen gezeigt hat, macht der Wähler sich durch das Annehmen von Werbegeschenken von Seiten eines Kandidaten für ein politisches Amt innerlich abhängig. Er fühlt sich einem oder mehreren bestimmten Kandidaten verpflichtet und kann daher seine Entscheidung, was die Stimmabgabe angeht, nicht mehr allein auf der Grundlage der Vernunft treffen.

Die von den Kynikern geforderte Bedürfnislosigkeit ebenso wie das stoische Ideal der Freiheit von Affekten würden derartigen Erscheinun-

¹²² RABE, H., Art. 'Autarkie, autark', HWPh, 1, 686.

¹²³ RABE, H., Art. 'Autarkie, autark', HWPh, 1, 686-687.

¹²⁴ RABE, H., Art. 'Autarkie, autark', HWPh, 1, 686.

¹²⁵ LANZ, J., Art. 'Affekt', HWPh, 1, 90-91.

¹²⁶ ENGELMEIER, M.-P., Art. 'Apathie', HWPh, 1, 431.

¹²⁷ REINER, H., Art. 'Ataraxie', HWPh, 1, 593.

¹²⁸ REINER, H., Art. 'Eudämonismus', HWPh, 2, 821.

¹²⁹ „Homo sum: nil humanum a me alienum puto“. TERENZ, Heautontimoroumenos, Z. 77. Unter Bezugnahme auf diese Stelle auch CICERO, De legibus, I, 12, 33; ders., De officiis, I, 30. Siehe auch SENECA, ep. 95, 53.

gen, also dem Aufbau eines Netzes von persönlichen Abhängigkeiten entgegenwirken.¹³⁰ Die Wahlbestechung in der späten Republik kann auch als Konvention betrachtet werden, welche die Wähler mittrugen, ohne sie – möglicherweise zu ihrem eigenen Vorteil – zu überdenken. *Ambitus* sowie sämtliche damit verbundenen Verhaltensweisen von Wählern und Kandidaten hatten sich über einen langen Zeitraum hinweg etabliert und bestimmten das öffentliche Leben in der späten Republik in einem Maße, das die freie und unabhängige Stimmabgabe bei Wahlen zumindest einschränkte.

Als überzeugter Anhänger der stoischen Philosophie wie auch als selbst besonders autarker Staatsbürger und grundsätzlich konservativer Vertreter altrömischer Tradition mußte Cato Uticensis sich also gegen *ambitus* und sämtliche damit zusammenhängenden Erscheinungen wenden.

Die Stoiker betrachten die Autarkie als Bedingung dafür, daß der Mensch seine wesentliche Fähigkeit, ihrer Ansicht nach die Vernunft, verwirklichen und sich für das menschenwürdige Leben aller Menschen gesellschaftlich und politisch einsetzen kann. Auch hier stehen also die stoische Philosophie und das Wahren der Staats- und Bürgerinteressen in engem Zusammenhang. Denn die Autarkie trägt nicht allein zum Erreichen der persönlichen, individuellen Glückseligkeit des Menschen bei, sondern macht ihn zu einem vernunftgemäß und verantwortungsvoll handelnden Staatsbürger.

10. Zusammenfassung

Insgesamt zeigt sich an der Haltung Catos gegenüber dem *ambitus*, daß sein Festhalten am *mos maiorum* genauso wie seine übertrieben zu nennenden moralischen Prinzipien ihn daran hinderten, den *ambitus* aus 'realpolitischer' Perspektive als systemtragend zu erkennen. Einerseits ist es anzuerkennen, daß Cato um eine freie Entscheidung der Wähler für einen Kandidaten allein auf der Basis sachlicher Gründe bemüht war. Andererseits – und dieser Aspekt der Kritik überwiegt – mußte auch Cato erkennen, daß dies in der späten Republik nicht möglich war, da keiner der Kandidaten ein ausgeprägtes individuelles politisches Profil besaß. Der *plebs* war die Tatsache bewußt, daß durch die Wahlen keine politisch erheblichen Veränderungen herbeigeführt wurden. Gerade aus diesem

¹³⁰ In der politischen Philosophie, die ebenfalls von besonderem Interesse für die Behandlung von Catos Position gegenüber *ambitus* ist, gilt Autarkie als die vollständige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit eines Staates. Diese wurde erstmals von Platon gefordert. Zu den Voraussetzungen und den Wirkungsweisen des Autarkie-Ideals der Stoa siehe RABE, H., Art. 'Autarkie, autark', HWPh, 1, 685-686.

Grund hatte sich der *ambitus* seit geraumer Zeit zu einem etablierten Verhaltensmuster entwickelt, das in der ausgehenden Republik eine besonders deutliche Ausprägung annahm.¹³¹ Dass eine derartig systematische Wahl-‘Bestechung’, wie sie zur Zeit der ausgehenden Republik herrschte, rückgängig zu machen gewesen wäre, erscheint nahezu unmöglich.

¹³¹ Das Thema Wahlbestechung wird bei Charles DICKENS in seinem satirischen Roman *The Pickwick Papers* aus dem Jahre 1837 anlässlich einer Abgeordnetenwahl in dem fiktiven, englischen Dorf Eatanswill geschildert. Vor dem Hintergrund von Wählerbestechungen geradezu grotesken Ausmaßes beschreibt das Kapitel 13 - ähnlich wie zu Catos Zeiten - die Bestechung der Wähler durch üppige Festessen, alkoholische Getränke und Werbegeschenke, wozu auch Bargeld zählt. Das Kapitel schildert die Vorgehensweise und die Auswirkungen der Wahlbestechung sehr treffend und dabei zugleich realitätsnah und mit ironischem Abstand. Zur Parallele des römischen *ambitus* mit Dickens’ Roman siehe ROBINSON, O. F., *The criminal law*, 147 mit Anm. 162.